

Auszug aus der Niederschrift

der 24. Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 08.05.2018

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
6.	18/0115	Bebauungsplan Nr.: 110 "Alte Heerstraße / Großenbuschstraße", Gemarkung Hangelar, Flur 3 südlich der Alte Heerstraße und östlich der Großenbuschstraße. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB	FB 6

Der Ausschussvorsitzende gab für die diesen Top den Vorsitz an seinen Vertreter, Herrn Dieter Dziendziol ab, da er selber zum TOP reden wolle.

Herr Dziendziol eröffnete den TOP 6 und sprach den dazugehörigen Antrag der Grünen an und forderte die Grünen auf, ihren Antrag zu begründen bevor die Verwaltung Stellung nimmt. Nach kurzer Beratung übergab der Vorsitzende das Wort an die Verwaltung.

Herr Gleß erläuterte den Antrag der Verwaltung und stellte fest, dass die Punkte aus dem Antrag der Grünen selbsterklärend sind und sowieso Punkte seien, die mit ins Planverfahren genommen werden und man würde im Sinne des Antrages auch so verfahren.

Herr Metz von den Grünen erläuterte, dass es Sinn mache, wichtige Punkte möglich frühzeitig zu artikulieren um die Verwaltung nicht erst in eine Richtung arbeiten zu lassen um anschl. zu sagen warum man dies und jenes nicht berücksichtigt habe. Bei der Verkehrserschließung hätte man das Thema Hol- und Bringzonen und der Gedanke wäre zu prüfen, einen Minikreisverkehr zu realisieren der auch zu einer Verkehrsberuhigung gegenüber der Kita führen würde und auch für den Radweg ganz komfortabel sei. Einen Zebrastreifen könne man dann auch leichter verwirklichen. Eine Haltebucht sei dann aus allen Richtungen anfahrbar ohne komplizierte Wendemanöver abhalten zu müssen da man ja im Kreisverkehr wenden könne. Das Mobilitätskonzept sei selbsterklärbar und beim Thema regenerativer Energien liegt ihnen dran, wenn man denn die Festlegung zur Dachform hat, dies frühzeitig mit berücksichtigen würde.

Herr Züll von der FDP-Fraktion merkte an, dass man zwar in einer frühen Phase sei aber das Projekt aufgrund des Bedarfs doch ziemlich schnell durchzuführen sei.

Deswegen gibt es die Zustimmung für die Punkte der Grünen unter der Voraussetzung, dass das Problem mit den Helikoptereltern vernünftig abgewickelt wird. Persönlich sei er da etwas skeptisch ob das mit einem Minikreisel am Hirschbergweg so funktioniert aber das wird die Verwaltung sicherlich in irgendeiner Form darlegen, wie es geht oder ob es geht.

Der zweite Punkt sei die Frage der zu entstehenden Kosten und wie diese umlegbar seien. Dies sollte im Zuge des Planverfahrens dann auch irgendwo auftauchen.

Punkt drei wäre, dass man eine zweigeschossige Einrichtung plane. Dies sei ein großer Sonderbau. Dann könnte es an einer Ecke möglicherweise für Rettungs-Feuerwehrfahrzeuge eng werden. Dies müsste harmonisiert werden da man sich ja nicht selbst was befreien wolle, weil es mit dem Brandschutz nicht passt.

Herr Tenschert von der CDU gab zu bedenken, dass man aufgrund des Personals und der Eltern Platz für dauerhafte Parkplätze schaffen müsse.

Die Zuwegung z.B. von der Bushaltestraße zum Kindergarten sollte berücksichtigt werden. Der Vorschlag der Grünen mit der Parkbucht sei eine erste Idee, die geprüft werden müsse, ob sie auch in Stoßzeiten ausreichend ist. Man könne evtl. mit Parkplätzen auf den Bereich des Sportplatzes ausweichen und den möglichen Kreisverkehr dann zum Hirschbergweg anlegt. Der Weg bis zur Waldstraße sei auch nicht sehr weit und man hätte auch dort die Möglichkeit Parkraum zu schaffen.

Herr Dr. Frank für die SPD-Fraktion stimmt dem Vorhaben komplett zu. Es wird die Einschätzung geteilt, dass man auch in der frühen Phase der Planung den Verkehrsproblemen Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Die Grünen haben zu recht auf die Situation hingewiesen, dass der Zu- und Abfahrtsverkehr geregelt werden muss. Die eingebrachten Ideen müssen geprüft werden. Bedenken hätte man allerdings, ob es vorteilhaft wäre auf der vielbefahrenen Großenbuschstraße die Eltern anhalten zu lassen, um aus- bzw. einsteigen zu lassen. Bei 120 Kindern sein eine Parkbucht für 3-4 Fahrzeuge zu knapp bemessen. Im Augenblick solle ja erstmal nur auf dss Problem hingewiesen werden um Ideen zu sammeln.

Die Verwaltung solle prüfen, ob es möglich sei eine Straßenverbindung, evtl. als Einbahnstraße, zwischen Waldstraße und Großenbuschstraße herzustellen unter Einbeziehung des Weges der da jetzt schon sei. So könne man den Verkehr von der Großenbuschstraße verlagern.

Herr Knülle von der SPD ergänzte, dass für den hinteren Teil des Grundstücks der Steyler Missionare bis hin zur Waldstraße schon weitere Planungen im Raume stehen die auch eine Erschließung bedürfen. Dies solle man mit in die Betrachtung aufnehmen. Möglicherweis sein eine Erschließung des Kindergartens auch über dies Grundstücke realisierbar. Die Zufahrt über die Großenbuschstraße halte er, gerade während der Stoßzeiten, nicht für vorstellbar. Hier bestehe Staugefahr, welcher zu Chaos führen könne. Die Situation am Sportplatz solle aus seiner Sicht so erhalten bleibe und nicht für Parkflächen in Frage kommen. Man solle sich den gesamten Bereich anschauen und auch betrachten, dass dahinter ja auch was passieren soll.

Wenn es möglich sei eine Einzelfahrtrichtung zu realisieren, so dass die Eltern nur an einer Stelle einfahren und an einer anderen Stelle ausfahren, wäre die Problematik einer Staugefahr nicht gegeben, was viel Ärger ersparen würde. Staugefahr würde am Niederberg zu erheblichen Widerstand führen. Die einzige Zufahrt zum Niederberg dürfe durch die Maßnahme nicht beeinträchtigt werden, ansonsten hätte man schnell die Leute gegen sich aufgebracht. Dies sei ein sensibler Punkt.

Herr Metz von den Grünen sprach an, dass sich die Debatte darüber lohnt und die Verwaltung die eingebrachten Ideen prüfen solle. Bei der Waldstraße gäbe es Vorurteile, ob es nicht etwas über das Ziel hinausgeschossen wäre. Die Verwaltung solle prüfen, welche Auswirkungen eine Erschließung über die Waldstraße auf das Planverfahren hätte. Thema Umweltverträglichkeit, wenn dann neben dem "Grünen C" eine Autostraße führt, könnte es sein, dass die Bedingungen für das beschleunigte Verfahren nicht mehr erfüllt sind. Dies müsse geklärt werden. Hier wäre eine Art Workshop sinnvoll um verschiedenen Varianten zu prüfen und das Ergebnis solle den Bürgern von Niederberg präsentiert werden.

Herr Züll von der FDP bedankte sich für den Einwand von Herrn Knülle, und merkte auch an, dass da ja noch mehr sei was sich dahinter entwickeln würde wo man drauf eingehen müsse. Evtl. findet sich ja eine Lösung die den Kindergarten jetzt Erschließen würde aber den Durchstich von der anderen Seite solle man als richtige und endliche Lösung zum Ziel haben. Es gab zur Großenbuschstraße ursprünglich eine ganz andere Planung. Es war in den 1970 Jahren nie als Sackgasse geplant gewesen. Da hatte man sich in der Politik was anderes entschieden und es wurde bereits damals auf mögliche Probleme hingewiesen.

Herr Hatz von der Fraktion DIE LINKE stimmt dem Antrag der Verwaltung und dem Prüfantrag der Grünen zu. Es bestehen Bedenken, bei einem kleinen Kreisel mit Haltebuchten, dass Stau entsteht und die Möglichkeit über die Waldstraße solle als zukünftige Perspektive im Auge gehalten werden. Eine grundsätzliche Zufahrt nur über die Großenbuschstraße halte er für nicht sinnvoll.

Herr Tenschert von der CDU stellte klar, dass am Sportplatz selbst nichts verändert werden solle, sondern man dachte eher an die andere Straßenseite gegenüber dem Sportplatz bzw. die Fläche am Hirschbergweg wo früher mal ein Büdchen gestanden hatte. Dort könne man wahrscheinlich eh nichts anderes bauen.

Herr Bambeck vom Integrationsrat fragt nach, wie der Stand des Verfahrens bezüglich der geplanten Umsiedlung der Bewohner der Übergangsheime sei und wollte wissen, ob die Bewohner wissen, ob sie umziehen sollen.

Herr Gleß konnte dazu nichts sagen, wolle aber mit der Stabsstelle Kontakt aufnehmen, die den Kontakt mit den Bewohnern hält. Bisher könne er sich aber nicht vorstellen, dass es diesbezüglich noch keinen Kontakt gegeben hat. Er wolle aber der Sache nachgehen und die Stabsstelle darüber informieren.

Herr Gleß stellte klar, dass er froh sei heute einen Beschluss zu bekommen, um mit dem Verfahren weitermachen zu können. Die im Ausschuss vorgebrachten Anregungen/Ideen würden im Vorfeld der nächsten Verfahrensschritte überprüft und man werde anschl. ein entsprechendes Ergebnis vorstellen.

Herr Dziendziol ließ über die Vorlage der Verwaltung und den Antrag der Grünen abstimmen.

Herr Dzienziol übergab anschl. die Sitzungsleitung zurück an Herr Knülle.

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt für den Bereich der Gemarkung Hangelar, Flur 3, südlich der Alte Heerstraße und östlich der Großenbuschstraße die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.: 110 „Alte Heerstraße/Großenbuschstraße“ gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Kindertagesstätte geschaffen.

Da die Voraussetzungen vorliegen, soll das Verfahren gemäß § 13 a BauGB – Bebauungsplan der Innenentwicklung – nach den Vorschriften des § 13 BauGB – vereinfachtes Verfahren – durchgeführt werden.

Die genauen Grenzen des Geltungsbereiches sind dem Geltungsbereichsplan vom April 2018 zu entnehmen.

einstimmig

Sankt Augustin, 14.05.2018


Michael Geilhausen
Protokollführer


Klaus Schumacher
Bürgermeister

Öffentlicher Teil

Auszug aus der Niederschrift

der 24. Sitzung des Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschusses am 08.05.2018

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
12.1.8.	18/0169	Antrag zu TOP 6 „Bebauungsplan Nr.: 110 "Alte Heerstraße / Großenbuschstraße", Gemarkung Hangelar, Flur 3 südlich der Alte Heerstraße und östlich der Großenbuschstraße. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB“ Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	GRÜNE

Der TOP wurde unter TOP 6 beraten.

Beschlussvorschlag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Fortentwicklung des Bebauungsplanentwurfes folgende Punkte zu prüfen und über das Prüfergebnis vor Erstellung des Entwurfs für die Offenlage den Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss zu unterrichten:
 - a. Stärkere Berücksichtigung des Geh-/Radweges in Richtung Niederpleis bei der Planung der Erschließungsstraße
 - b. Einrichtung einer Hol- und Bringzone (Haltebucht) direkt an der KiTa an der Großenbuschstraße, ggf. i.V.m.
 - c. Anlage eines Minikreisverkehrs an der Einmündung Großenbuschstraße / Ilmenaustraße unter Einbeziehung der KiTa-Erschließung und des Geh-/Radweges in Richtung Niederpleis
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die weitere KiTa-Planung ein Mobilitätskonzept vergleichbar mit dem Konzept zum KiTa-Neubau in Buisdorf zu entwickeln und für die Bauleitplanung bzw. Umsetzungsplanung zu berücksichtigen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, in der weiteren planerischen Bearbeitung die Nutzung regenerativer Energien - hier insbesondere Photovoltaik / Solarthermie - zu berücksichtigen und darüber dem Ausschuss zu berichten.

einstimmig

Sankt Augustin, 14.05.2018



Michael Geilhausen
Protokollführer



Klaus Schumacher
Bürgermeister